

Von Anna Schafferer

Catania, Rom, Innsbruck. Wien - "Das Mittelmeer ist ein Friedhof, vielleicht der größte Friedhof", sagte Papst Franziskus am vergangenen Sonntag. Tagelang wurde an der Küste Siziliens um die Ankunft mehrerer Rettungsschiffe gerungen. Die neue italienische Regierung ließ zunächst nur Frauen und Kinder von Bord gehen. Viele der Geretteten auf dem Schiff "Humanity 1" sagten aber, sie würden lieber ertrinken, als in das Bürgerkriegsland Libyen zurückgebracht zu werden. Am Montag waren bereits drei Migranten in ihrer Verzweiflung ins Meer gesprungen, um an Lana zu schwimmen. Am Mittwoch durften schließlich die letzten 35 der 180 Menschen doch an Land gehen. "Leben muss gerettet werden", sagte der Papst und er sagte auch: "Die italienische Regierung kann nichts tun ohne ein Abkommen mit Europa, die Verantwortung liegt bei der EU."

Die irreguläre Migration nach Europa ist so hoch wie seit Jahren nicht mehr, 228.240 Fälle dokumentierte die EU-Grenzschutzagentur Frontex zwischen Jänner und September. Ende 2021 waren laut UNO-Flüchtlingshilfe 89,3 Millionen Menschen auf der Flucht, der Krieg in der Ukraine hat die Anzahl auf mehr als 100 Millionen erhöht. "Jede Regierung der Europäischen Union muss sich darauf einigen, wie viele Migranten sie aufnehmen kann", betonte Franziskus. Denn Europa stehe – so sagte es der Migrationsforscher und Vorsitzende der Denkfabrik Europäische Stabilitätsinitiative (ESI) Gerald Knaus am Sonntag in der TT – vor der "größten Flüchtlingskrise seit den 40er-Jahren". Die Zahl der von Konflikten betroffenen

Länder hat sich laut UNO in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt - und der Krieg, er rückt näher. "Das Risiko besteht, dass es – getrieben durch die Energiekrise vor Ort - zu mehr Ankünften aus der Ukraine kommen kann", sagt Judith Kohlenberger, Migrationsexpertin an der Wirtschaftsuni Wien. Zudem könne es sein, dass viele jener Ukrainer, die jetzt in den Nachbarländern untergebracht sind, weiter in den Westen reisen. Sekundärmigration nenne man das Phänomen. "Polen hat Dimensionen zu bewältigen, die sind mit österreichischen nicht zu vergleichen", so Kohlenberger. "Dort ist die Unterbringungslage noch schwieriger und wird sich nicht bessern, je länger der Krieg andauert."

Zudem meldet Deutschland "steigende Ankunftszahlen aus Russland", erklärt sie. Es könne also gut sein, dass russische Deserteure in Richtung Westen aufbrechen. Am Westbalkan erwartet die Migrationsforscherin einen saisonalen Rückgang doch insgesamt "sieht die Situation momentan nicht gut aus", sagt auch Belachew Gebrewold, Migrationsforscher am MCI in Innsbruck. Getrieben durch Krieg und Klimawandel nehme die Fluchtbewegung drastisch zu: "Das Problem: Schnelle Antworten gibt es nicht." So komme es immer wieder zu Scheinlösungen, die gar nicht funktionieren können.

Man müsste auf mehreren Ebenen arbeiten: "Es braucht ein Verständnis in der Bevölkerung", erklärt Gebrewold. Sie müsse verstehen, dass die Regierungen keine Lösungen aus den Taschen zaubern können. "Die Politik darf sich aber auch nicht so darstellen, als ob sie das könnte." Und die Geflüchteten sollten die Bereitschaft mitbringen,



Diese fast künstlich provozierte Krise sollte schnell bereinigt werden – denn eine echte könnte kommen."

Judith Kohlenberger (Migrationsforscherin)

"sich an Regeln zu halten". In Tirol und Oberösterreich wurden indessen Zelte aufund nach tagelanger Debatte wieder abgebaut. Sollten die Ankunftszahlen in den kommenden Monaten steigen, "wird man mit sehr viel Unverständnis auf diese Situation zurückblicken", sagt Kohlenberger. Denn: "Zurzeit haben wir gar nicht so viele Menschen in der Grundversorgung" – derzeit sind es 92.352, die meisten davon Ukrainer. "Aber schon jetzt ist es aufgrund der darunterliegenden föderalen Zuständigkeitsfragen – etwa weil die Asylquote teilweise nicht

erfüllt wird - kaum möglich, sie zu verteilen", sagt die Expertin. Dabei "müsste man schnellstmöglich schauen, dass man diese künstlich provozierte Krise bereinigt - denn eine echte könnte kommen". Dann könnte der Bedarf den aktuellen weit übersteigen. "Feste Unterkünfte wären nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für die lokale Bevölkerung eine Erleichterung."

Die Debatte rund um die Zelte wird in einer Zeit geführt, in der die Stimmung ohnehin aufgeheizt ist. Aus Deutschland gebe es Hinweise darauf, dass Corona-Leugner sich neue Themen wurden. Wir haben ja ein suchen – Asylfragen scheinen sich hierzu ganz besonders zu eignen. Dazu kommt die soziale Schieflage: Inflation, Teuerung, Energiekrise -"das ist eine sehr toxische Mischung", sagt Kohlenberger. Die Zelte prangten nun also weiß auf den grünen Wiesen - als Symbol dafür, dass etwas nicht funktioniert. Dabei klaffen Rhetorik und Realität weit auseinander: "Auf der einen Seite ist es ja nicht so, dass das Asylsystem in Öster-

Migrationsbewe-

gungen sind Teil der Menschheitsgeschichte. Schnelle Antworten darauf gibt es nicht." **Belachew Gebrewold** (Migrationsforscher)

reich überhaupt nicht mehr funktioniert, in einer Krise ist, oder dass die Genfer Flüchtlingskonventionen ausgesetzt funktionierendes System", fährt die Expertin fort. "Auf der anderen Seite wird der Diskurs aber sehr defizitär geführt. Derzeit wird laut gefordert, die Menschen sollen arbeiten. Dabei schwingt mit, dass sie Sozialschmarotzer seien", nennt Kohlenberger ein Beispiel. "In Zeiten von schlechter wirtschaftlicher, sozialer Lage nehmen die Ablehnung von Fremden, Diskriminierung und Hetze zu. Das hat derzeit einen guten Nährboden, denn es braucht Schuldige."

Dabei gebe es natürlich Varianten, auch Zelte so aufzustellen, dass sich die lokale Bevölkerung nicht maximal vor den Kopf gestoßen fühlt. Etwa indem man sie nicht mitten in der Nacht, direkt an der Grundstücksgrenze aufstellt. Oder anders gesagt: Man könnte die Bevölkerung auch einbinden. "Es gäbe viele Rezepte, aber: Mit ungelösten Flüchtlingsfragen lassen sich in Europa Wahlen gewinnen", sagt die Expertin.

Migrationsbewegungen sind aber "Teil der Menschheitsgeschichte", erklärt Gebrewold. Menschen hören nicht auf zu migrieren, auch nicht wenn im Herkunftsland

Entwicklungshilfe geleistet wird. Vielmehr wisse man aus Studien, dass mehr Menschen auswandern, je besser es einem Land geht. "Dieser Realität muss man ins Auge sehen", sagt der Wissenschafter - und "einen Umgang damit finden". Dass das geht, wurde ja erst kürzlich mit den Geflüchteten aus der Ukraine bewiesen: "Österreich hat 80.000 Menschen in kürzester Zeit aufgenommen und es hat funktioniert", sagt Kohlenberger.

Allerdings ist die Bereit-

schaft in der Bevölkerung,

Geflüchteten aus Afghanis-

tan, dem Iran oder Pakistan

zu helfen, viel geringer, sagt

Gebrewold. Das wiederum

hat psychologische Gründe: "Angst", benennt es der Forscher - vor einem fremden Aussehen, fremder Kultur und Sprache. Das könne in manchen Fällen auch begründet sein, "nicht alle Einwanderer verhalten sich in Ordnung", sagt Gebrewold. Das dürfe nicht bagatellisiert werden. Die Angst müsse aber dennoch überwunden werden, denn: "Das Thema geht nicht weg", sagt Kohlenberger. "Die österreichische Bevölkerung wird in 50 Jahren anders aussehen als jetzt – und nicht nur weiß sein. Das ist die Realität." Zudem herrscht in Österreich wie in ganz Europa ein eklatanter Arbeitskräftemangel. Die ungarische Orbán-Regierung wirbt heimlich Ar-

beitskräfte aus Indonesien an, während sie offiziell eine harte Asylpolitik vertritt. Auch Niederösterreich will Pflegekräfte aus Vietnam einfliegen. Man wird sich also trauen müssen, "Asyl und Migration zusammen zu denken", sagt Kohlenberger. Denn der Druck aus der Wirtschaft wächst - und der Klimawandel wird immer mehr Menschen in die Flucht schlagen.

## **DATEN UND FAKTEN**

Die Zahl der von Konflikten betroffenen Länder hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

Ende 2021 waren 89,3 Millionen Menschen auf der Flucht. Der Krieg in der Ukraine hat die Anzahl auf mehr als 100 Millionen erhöht.

72 Prozent der Flüchtlinge leben im Nachbarland ihres Heimatstaates.

In Österreich gingen von ersten bis zum dritten Quartal 2022 71.885 Asylanträge ein.

16.510 aus Afghanistan, 12.529 aus Syrien, 11.541 aus Indien. Letztere wollen aber meist gar nicht bleiben, sondern stellen den Antrag, um nicht sofort abgeschoben zu werden.

ge sind in dieser Statistik nicht mitgezählt, weil ihnen die so genannte EU-Massenzustrom-Richtlinie temporären Schutz außerhalb des Asylverfahrens gewährt.

Die ukrainischen Flüchtlin-

9347 der Asylanträge kamen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.